

Zukunft für unsere Fischerei.

Solidaritätserklärung der CDU-Abgeordneten des Deutschen Bundestages und des Niedersächsischen Landtages aus Ostfriesland und Friesland

Das Entsetzen bei den Fischern an der Nord- und Ostsee ist groß. Die Bundesregierung von SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und FDP hat am Dienstag beschlossen, durch die sie tragenden Fraktionen eine Änderung des Windenergie-auf-See-Gesetzes in den Deutschen Bundestag einzubringen. Bisher ist in diesem Gesetz geregelt, dass fünf Prozent der Versteigerungserlöse für die deutschen Offshore-Windenergie-Flächen (670 Mio. EUR) über das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) als Nachteilsausgleich für Strukturmaßnahmen zugunsten der Fischerei in Nord- und Ostsee eingesetzt werden sollten. Mit dem Änderungsgesetz der Bundesregierung soll diese Summe um 80 Prozent, also um satte 536 Mio. EUR auf 134 Mio. EUR gekürzt werden. Diese radikale Kürzung nimmt den Fischereibetrieben jede Zukunftsperspektive.

Die Offshore-Windenergie-Flächen sind für die küstennahe Fischerei verlorene Fanggründe. Hinzu kommen die Sicherheitszonen und die Kabeltrassen, die ebenfalls nicht befischt werden können. Geplant und gesetzlich geregelt war daher, aus einem Anteil von fünf Prozent der Versteigerungserlöse der Offshore-Windenergieflächen notwendige Strukturveränderungen der Fischereibetriebe zu ermöglichen. Das würde mit der jetzt geplanten drastischen Kürzung dieser Mittel vom Tisch gewischt. Unverschämte: Sie wurden nicht angekündigt, und mit den Fischern und ihren Verbänden wurde darüber nicht einmal vorher das Gespräch gesucht. So geht man nicht mit Menschen um, die um ihre Existenz fürchten.

Mit dem Nachteilsausgleich für die von den Offshore-Plänen betroffenen Teile der deutschen Fischereiflotte sollten u.a.:

- die Fischereiflotte erneuert und modernisiert werden, damit sie alternative Fanggründe erschließen kann und ihre Antriebstechnik und ihr Fanggerät den neusten Standards zur umwelt- und klimafreundlichen Fischerei entsprechen,
- die Verarbeitung und Vermarktung in regionalen Strukturen gestärkt werden, um die Wertschöpfung vor Ort zu erhöhen und die Regionalität der Fischerei zu stärken,
- eine Abwrackprämie für überalterte Schiffe finanziert werden, um damit die Flotte reduzieren und den kleineren Fanggründen anpassen zu können.

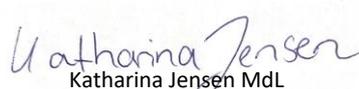
Mit diesen Maßnahmen hätten unsere familiär geführten Fischereibetriebe wieder eine Zukunftsperspektive. Wichtig nicht nur für die Fischerei und die damit verbundenen Arbeitsplätze in der Verarbeitung und Vermarktung. Wichtig auch für die heimische Lebensmittelproduktion. Wichtig für den Tourismus an unserer Nordseeküste. Ohne unsere Fischer, die die Küstenorte mit den Fischereihäfen, ihren Fischereifahrzeugen sowie ihren Produkten prägen, ist der Tourismus hier nicht denkbar.

Wir fordern die Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen von SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und FDP – insbesondere deren Abgeordnete von der Nordseeküste – daher auf, die von der Bundesregierung geplante radikale Kürzung der Nachteilsausgleichszahlungen an die Fischerei wieder vom Tisch zu nehmen. Sie sind eine Bedrohung für die Fischereibranche und den Tourismus.


Gitta Connemann MdB
Bundestagsabgeordnete für den
Wahlkreis Unterems


Anne Janssen MdB
Bundestagsabgeordnete für den
Wahlkreis Friesland-Wilhelmshaven-Wittmund


Saskia Buschmann MdL
Landtagsabgeordnete für den
Wahlkreis Aurich


Katharina Jensen MdL
Landtagsabgeordnete für den
Wahlkreis Friesland


Ulf Thiele MdL
Landtagsabgeordnete für den
Wahlkreis Leer